

# ***KONSERVATIV!***

## ***Schriften des Faches Internationale Politik an der Universität Siegen***

Band 4

### ***Programm der Reihe***

***Diese Reihe will nicht mit einer großen Fanfare daherkommen, sondern nur vorsichtig und bescheiden aufzeigen, dass das, was als sozial-liberale Kultur-Hegemonie gilt, nicht das einzige sein kann und auch längst nicht mehr ist. Dabei lassen wir uns auch nicht von großen Definitionen bestimmen, sondern wollen in argumentativer Auseinandersetzung mit den Anderen den Raum abdecken, der zwischen einer wertkonservativen und demokratie-repräsentativen Interpretation des Grundgesetzes auf der einen Seite und einer Grundgesetz-konformen links-liberalen Kultur liegt. Dazu seien Politiker, Wissenschaftler, Industrielle, Schriftsteller eingeladen.***

***Markus Porsche-Ludwig und Jürgen Bellers***

Beiträge (in der formalen Gestaltung der Beiträge dieses Bandes)  
bitte an:  
[porsche\\_ludwig@yahoo.de](mailto:porsche_ludwig@yahoo.de)  
oder  
[bellers@politikwissenschaft.uni-siegen.de](mailto:bellers@politikwissenschaft.uni-siegen.de)

*M. Porsche-Ludwig und J. Bellers (Hrsg.)*

*Die Tradition des  
Konservatismus in  
Vergangenheit und Gegenwart*

Verlag Traugott Bautz

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind  
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Verlag Traugott Bautz GmbH  
99734 Nordhausen 2012  
ISBN 978-3-88309-106-8

## Inhaltsübersicht

|                                                                                      |     |
|--------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| 1 Konservativismus<br><i>Eberhard Straub</i>                                         | 7   |
| 2 Recht = Politik<br><i>Markus Porsche-Ludwig</i>                                    | 18  |
| 3 Materialismus usw.<br><i>Jürgen Bellers</i>                                        | 37  |
| 4 Idealistische Menschenrechtspolitik<br><i>Jürgen Bellers/Markus Porsche-Ludwig</i> | 78  |
| 5 Das idealistische Demokratieverständnis der Grünen<br><i>Markus Porsche-Ludwig</i> | 91  |
| 6 Bunte Steine<br><i>Adalbert Stifter</i>                                            | 104 |
| Abkürzungen                                                                          | 110 |
| Die Autoren                                                                          | 113 |



# 1 Konservativismus

*E. Straub*

Konservativ ist längst zu einer abschätzigen Charakterisierung geworden. Wenn Politik vorzugsweise als Mittel verstanden wird, „die Zukunft zu gestalten“, muss jeder, der in einer leidlichen Gegenwart nicht unentwegt zur Innovation, zur Veränderung, zur Reform aufruft, in den Verdacht geraten, phantasielos zu sein und unfähig dazu, Visionen zu entwickeln, unter deren Eindruck die Gesellschaft ihre Energien zielorientiert, sie zu synergetischen Effekten bündelnd, dynamisiert. Staat und Gesellschaft sind in diesem Sinne zur dauernden Selbstüberholung verpflichtet, um sich den Erfordernissen der jeweils allerneuesten Neuzeit anzupassen. Visionen werden gefordert oder erwartet, obschon im Zusammenhang mit dem gläubigen Leben, wo sie ihren Platz haben, solche inneren Gesichte bei den kirchliche Autoritäten stets auf Misstrauen stoßen, da es sich bei ihnen um Blendwerk, Eitelkeit und Trug handeln kann. Einer Politik phantasievoller Erleuchtung können Traditionen nur hinderlich sein, weshalb in der Gegenwart genau darauf geachtet werden muss, Ballast abzuwerfen, um unbeschwert den Absprung nicht zu verpassen in neue Lebens- oder Arbeitsformen.

*Omnia nova placet*, alles Neue gefällt, so lautete die Devise in Europa seit dem Aufbruch im 11. Jahrhundert. Aber es blieb unvergessen, dass die alten Griechen und Römer eindringlich davor gewarnt hatten, gesellschaftlichen Kräften leichtsinnig nachzugeben, die ruhelos *rerum novarum cupidi* — neuer Dinge begierig — Staat und Gesellschaft mit ihren unbedachten Eskapaden gefährden könnten. Die Lust auf ununterbrochene Neuerungen verbanden sie mit einer entfesselten, unberechenbaren Launen unterworfenen Stimmungsdemokratie. Mit der Neubegierde, der beschleunigten Suche nach Novitäten, der Freude, alte Zöpfe abzuschneiden und verkrustete Strukturen aufzubrechen, konnte allerdings die politische Begriffsbildung nicht Schritt halten. Die politischen Begriffe, die immer noch gebraucht werden, liberal, sozialistisch, sozialdemokratisch oder konservativ sind heillos veraltet. Sie stammen aus dem 19. Jahrhundert und haben jeden soziologischen und ideologischen Inhalt eingebüßt. Als Schlagworte werden sie je nach den polemischen Erfordernissen des Momentes verwandt, um substantielle Unterschiede im

Wettbewerb um Kunden vorzutäuschen, die sich in einer Gesellschaft von Verbrauchern, auch von Verbrauchern politischer Meinungsprodukte, allerdings von selbst verbieten.

Denn der demokratische Markt der Möglichkeiten kann nur funktionieren, wenn die Angebote einander weitgehend gleichen und das Wettbewerbssystem mit seinen Mechanismen nicht in Frage stellen. Als liberal versteht sich jeder, denn Regeln sollen keinen unnötig belästigen und einengen. In den schlechten Ruf, konservativ zu sein, gerät, wer an herkömmlichen Positionen seines Verbandes oder seiner Institution festhält und diese nicht als Flöße auf unkontrollierbaren Gewässern den Strömungen überlassen möchte, ob in der Gewerkschaft, in der Kirche, im Deutschen Fußballbund, bei den Schrebergärtnern oder weil er Krawatten nicht als Zwang empfindet. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass mittlerweile von konservativem Sexualverhalten, konservativen Tischgewohnheiten oder Reisezielen die Rede ist. Da ist es dann an der Zeit, wiederholt eine Revolution in deutschen Betten, in der Küche oder der allgemeinen Körperkultur zu propagieren. Sozialistisch ist nicht viel besser als konservativ, denn es erinnert an Vergangenheiten, an Fehlschläge und Illusionen, und immer noch am Sozialismus zu hängen, bestätigt unflexibel, lernunwillig, also borniert wie ein Konservativer zu sein, sich überhaupt nicht von einem Reaktionär zu unterscheiden, rückwärts gewandt zu leben, statt vorwärts zu schauen und am fortschreitenden Übergang erstarrter Gewohnheiten zu belebender Umgestaltung mitzuarbeiten.

Selbstverständlich können solche Strukturverwandte auch ganz einfach Faschisten genannt werden, da ewig Gestrige, ob Linksfaschisten oder Neonazis. Überhaupt lassen sich Faschisten überall aufspüren, sie sind eine Steigerung der überall ihr Unwesen treibenden Konservativen. Die unbestimmten Klischees könnten mühelos durch ganz andere ersetzt werden, etwa durch farbliche, was auch zunehmend geschieht. Rot, Grün, Gelb, Schwarz oder Braun werden zum Ausdruck von sogenannten Lebensformen und Denkart. Wer Farbe bekennt, gibt sich angeblich zu erkennen, obgleich es gar nicht so leicht ist, an einem Roten zu erkennen, was ihn zu einem solchen macht oder in einem Grünen keinen Gelben zu schätzen. Die Schwarzen schmücken sich mit viel Zierrat, um nicht allzu griesgrämig zu wirken und selbst die Braunen greifen auf rot-grünes Konfetti zurück, um ihren Unterhaltungswert zu steigern. Das alles ist vollständig beliebig, antiquiert und hilflos, also durch und durch

konservativ, was heißt: phantasielos. Die farbentragenden Parteien täuschen eine Vielfalt vor, die es dank ihrer Arbeit gar nicht geben kann.

„Die Menschen draußen“, „die Menschen vor Ort“ oder insgesamt „die Menschen in Deutschland“ sind als aufmerksame Demokraten in der westlichen Wertegemeinschaft sozialstaatlich orientiert, aber offen für die Herausforderungen im globalisierten Wettbewerb und aufgeschlossen für sämtliche Lebensentwürfe gemeinsam zu gestaltender Mitmenschlichkeit auf der Basis von Toleranz und Dialogbereitschaft, gerade auch im intensiven Gespräch mit der Natur, den Pflanzen und Tieren als unverzichtbaren Partnern, um deutsches Potential voll einbringen zu können bei der alle Kräfte fordernden Vertiefung gemeinsamer europäischer Identität.

Ein Schelm, der sich dabei irgendetwas denkt. Wie in der Oper des 19. Jahrhunderts geht es nur um Lokalkolorit, um folkloristische Einfärbung. Auf diesem Jahrmarkt redensartlicher Beliebigkeiten tummeln sich dennoch Außenseiter, die sich selbstbewusst als Konservative oder Sozialisten ausgeben und darüber, sofern sie nicht sogleich in den Faschismusverdacht geraten, zuweilen sogar einen gewissen Unterhaltungswert gewinnen in einer Gesellschaft, der die Zeit lang würde, wenn sie ihr nicht irgendwelche Animateure vertrieben. Derartige Einzelgänger können als „Charaktere“ — wie früher im bürgerlichen Lustspiel — in Talk-Shows auftreten und jeden Philister darin bestätigen, immer vernünftig gewesen zu sein, sich nie um Charakter bemüht zu haben. Die Frage ist nur, ob die eigensinnigen Querköpfe tatsächlich Charaktere sind oder nur Selbstdarsteller und geschickterlose Mitspieler in Reality-Shows, die Kolorit, Farbeffekte benötigen, aber nur solche, die sich nicht laut und grell verselbständigen und als Einbruch der wirklichen Realität die Überzeugungskraft der inszenierten schwächen und damit das Vertrauen in die wendigen Regisseure des öffentlichen Lebens.

Als Panajotis Kondylis an seinem 1986 erschienenem Buch arbeitete: *Konservatismus — geschichtlicher Gehalt und Untergang* gab es für ihn keine Konservativen mehr. Schließlich handelt sein Buch vom Untergang des Konservatismus, von dessen Untergang im 19. Jahrhundert. Er ging im bürgerlichen Liberalismus unter, mit dem der konservative Adel zu einer Interessengemeinschaft der Besitzenden verschmolz. Was seither sich noch als Konservatismus ausgab, erschöpfte sich in einem Liberalismus, der nach weniger Staat und mehr Markt verlangt, den repräsentativen Parlamentarismus vor plebiszitären Tendenzen gesichert



sehen will, die Autorität der Institutionen und des Gesetzes gegenüber phantasievollen Aktionen radikaldemokratischer Spontaneität verteidigt wissen möchte, dem bürokratischen Sozialstaat misstraut, den Bildungsverfall beklagt und die egalisierende Vermassung fürchtet und deshalb die Förderung von Eliten verlangt. Das musste nun wieder Sozialliberale verwirren, die nach all den Spaltungen und Spannungen in der Geschichte des Liberalismus sich nur noch verschämt an die Traditionen ursprünglich liberaler Hoffnung und Kritik erinnern und erst recht jene Sozial- und Christdemokraten, die sich auf liberale Traditionen berufen, die ganz offensichtlich auch konservative sind mit zuweilen reaktionärem Schimmer. Doch sie wollen gerade nicht als konservativ auffallen. Panajotis Kondylis führte mitten hinein in die Unbestimmtheit aller Positionen und Begriffe, die als Strand- und Beutegut des 19. Jahrhunderts zur Verwertung übrigblieben.

Damit musste er sogenannte Konservative reizen, die als solche verstanden werden wollten, viele pädagogische Antikonservative, weil er ihnen klar zu machen versuchte, dass sie gegen Phantome kämpften und vor allem die Verfechter eines deutschen Sonderwegs. Das Aufgehen konservativer Strömungen im Liberalismus, die Symbiose von Bürgertum und Adel, die Verbürgerlichung des Adels und die Feudalisierung des Großbürgertums schildert Panajotis Kondylis als ein allgemein europäisches Phänomen. Mit seinem Buch befreite er nicht nur die Überlegungen zum deutschen Konservatismus aus einer isolierten, über dem deutschen Nabel meditierender Betrachtung. Er sah die deutsche Geschichte zumindest bis 1918 als selbstverständlichen Teil der europäischen. Mit vielen Nuancen entwickelt er eindringlich genug, wie verwandt die nationalen Formen und Sonderformen waren, wie sehr die jeweiligen ideologischen Konflikte, Vermischungen und Bündnisse in einem sehr ideologisierten Jahrhundert einander ähnelten. Solche Rücksichtslosigkeit gegenüber den Besonderheiten deutscher Geschichtsdeutung und deutscher Geschichtspolitik in Zusammenhang mit dem pädagogischen Programm der Verwestlichung musste die Entwickler einer spezifisch deutschen Ideologie heftig irritieren. Zumal deren historische Halbbildung und deren Eifer, das Einerlei ihrer Übereinkünfte vor Widerspruch zu schützen, seine attische Spottlust anregte und seiner Geistesgegenwart entgegenkam, alles Geistlose souverän beiseite zu schieben. Damit gewann ein klassisch gebildeter Grieche wie Panajotis Kondylis nicht unbedingt Freunde in einem Deutschland, das sich damals entschlossen von der klas-

sischen Bildung ablöste, weil die in den „Faschismus“ geführt oder ihn zumindest nicht aufgehalten hätte, wie ehemalige Hitlerjungen jetzt als gereifte Anti-Hitler-Jungs in ballastabwerfender, sich vom Nazierbe emanzipierender Absicht verkündeten.

Seine Studie über den europäischen Konservativismus berührte unmittelbar vor und während des Historikerstreites besondere deutsche Nervositäten. Da Panajotis Kondylis als freier Geist sich keiner Gruppe eingliederte, gewann er selbst unter denen, die sich unbefangen und aufmerksam auf seine Überlegungen einließen, nur halbherzigen Beifall, weil er eben kein Parteimann oder energischer Gesinnungsgenosse war. Das gilt vor allem für seine Leser in den Kreisen, die nichts dagegen haben, für konservativ gehalten zu werden oder sich gar bemühen oder weiterhin dafür sorgen, konservativen Ideen eine Anziehungskraft zu verleihen. Sie mussten sich verletzt fühlen, wenn Panajotis Kondylis ihre erhabenen Sinnsprüche für gehäkelte Zierleisten auf Sofakissen: Konservativ sein, heißt leben aus dem, was immer gilt, nicht weiter ernst nahm und in solchen Devisen vorzugsweise die Aufforderung an umsatzorientierte Marktwirtschaftler erkannte, ihr unterkühltes Heim mit Gemütswerten aufzuputzen. Überhaupt machte es ihm viel Freude, den Unsinn der Sinnstiftung durch trauliche Gedankenlosigkeit den nach Wertkonservativismus Dürstenden zu veranschaulichen. Gerne raunen diese davon, dass ein konservativer Staat Dinge zu schaffen vermöge, welche der Konservierung wert wären. Damit unterscheiden sie sich aber in keinsten Weise von den liberalen oder sozialdemokratischen „Machern“, die nach Konzepten handeln, planmäßig Strukturen verändern wollen oder Grundlagen für kommende Entwicklungen schaffen, die ihrer Ansicht „wert“ sind, erhalten oder unterstützt zu werden. Das hängt allein von den Wertsetzern ab, den Umwertern, Ab-, Auf- oder Entwertern.

Die Absicht, „wertvolle“ Dinge schaffen zu wollen, widerspricht dem angeblichen Verhaftetsein des sogenannten Konservativen in konkreten Umständen, denen er sich anvertraut, statt sie mit seinen Eingriffen zu beunruhigen. Denn der Konservative entzieht sich dürftiger Abstraktion, denkt historisch und wahrt dem Bewährten die Treue. Er dient dem einzelnen Phänomen, schützt die Fülle von Besonderheiten und wehrt sich gegen Generalisierungen, Typisierung und damit Uniformierung. Er entzieht sich den Ideologien und entlarvt mit seinem konkreten Ordnungsdenken die Ideologien seiner Gegner. Darin äußert sich ganz un-

verhohlen eine Ideologie, nämlich die Weltanschauung anderer als Konstruktion zu verurteilen und die eigene als unüberlegtes Geschenk reiner Betrachtung, uneigennütziger Weltanschauung einzuschätzen. Der Konservative ist oder war aber gar nicht uneigennützig. Er war und ist ein Interessenvertreter. Wie der Liberale die Interessen der Bürger wahrnahm, der Sozialist oder der Sozialdemokrat die der Arbeiter, das Zentrum die der katholischen Kleinbürger und Bauern, so kämpften Konservative energisch um ihre Vorteile, Privilegien zu behalten, eine bevorzugte Stellung in der Gesellschaft und im Staat nicht aufgeben zu müssen. Konservative waren von vorne herein Interessenvertreter, wie alle Parteien. Wenn sie von konkreter Ordnung redeten, dann meinten sie eine Ordnung, in der sie dominierten, denn unter anderen Voraussetzungen verfiel die löbliche Ordnung eben in trostlose Unordnung. Der Konservatismus ist die Ideologie des Adels, er ist ein Klassenstandpunkt, aber keine unschuldige Einübung in die Weltharmonielehre.

Solche historische Nüchternheit erregte den Widerwillen sogenannter Konservativer, die doch ganz altruistisch jedem das Seine bewahren möchten und Materialismus oder Marxismus wittern, wenn von Interessen gesprochen wird, was früher auch Zinsen meinte, die Kapitalien abwarfen. Sie mochten sich am allerwenigsten damit zufriedengeben, dass Panajotis Kondylis dem Konservatismus als einer konkreten, historischen Erscheinung seine scharf umrissene Gestalt zurückgab, indem er diese ideologische und sozialpolitische Strömung auf das engste mit den Interessen ihrer Vertreter verknüpfte, also mit denen des Adels, der konservativ wurde, um seine gefährdete Herrschaftsstellung zu behaupten. Der Adel befand sich seit dem 16. Jahrhundert, seit dem Aufkommen des modernen, bürokratischen, rationalisierenden und zentralisierenden Staates im Widerspruch zu allen Tendenzen, die allmählich die herkömmliche *societas civilis* mit ihren Rechten, Freiheiten und Korporationen unter der Autorität des Gesetzes vereinheitlichen und umformen wollten.

Der Konservatismus als Idee, als historisch-soziologische Konstruktion verteidigte mit den Privilegien des Adels die alte Gesellschaft überhaupt, die auf Privilegien, eben Freiheiten, beruhte, um jedem das Seine zu geben oder zu erhalten. Mit den Interessen des Adels ließen sich sehr viele andere Interessen verbinden, all derer, die im Zuge der Verstaatlichung, der Modernisierung und später der Industrialisierung benachteiligt wurden. Daraus ergab sich die zuweilen sehr überraschende Kraft adelig-konservativen Protestes, des Widerstandes gegen

Staatlichkeit und egalisierende Gleichheit vor abstrakten, unkonkreten, also nicht mehr ständischen Rechten in Form von Gesetzen. Die Konservativen wehrten sich gegen den Staat, gegen die Rechtsstaatlichkeit, gegen Gesetz und Ordnung. Darin veranschaulichte sich in langen Rückzugsgefechten durchaus ein Kampf um Freiheit, um Individualität und Eigentümlichkeit, in denen der werdende Staat anarchischen Unfrieden, Eitelkeit und nackten Egoismus eingrenzen und entschärfen wollte. Die heroischen Zeiten des Konservatismus liegen im 17. und 18. Jahrhundert. Damit überraschte Panajotis Kondylis Historiker, die vermuteten, dass es Konservatismus erst gibt, seitdem es das Wort „konservativ“ gibt, also seit 1830. Erscheinungen werden oft dann zum Begriff gemacht, wenn sie in ihren Alterungs- oder Verwesungsprozess übergehen.

Gleichwohl gab es Verbindungen mit dem Wort „konservieren“ schon im 16. Jahrhundert, worauf Kondylis nachdrücklich aufmerksam machte. Der Adel erinnerte häufig daran, zur Konservation des Gemeinwesens verpflichtet zu sein, die mit der „Conservierung unserer Privilegien“ zusammenfiel. Insofern konnte sich der Adel als „principe conservateur de l'état“ verstehen. Das Wort Staat missfiel zwar den Konservativen, aber da sie inkonsequenterweise im Staat dennoch die führenden Positionen sich vorbehalten wollten, konnten sie sich dem Staat auch nicht vollständig verweigern. Hier beginnen die Inkonsequenzen des konservativen Prinzips, mit denen es wegen dauernder Prinzipienlosigkeit sich um seine Überzeugungskraft endlich bringen musste. Aber wenn Adelige vom Staat redeten, meinten sie das ancien régime, die *societas civilis*, die den König als Teil der *res publica* ebenso verpflichtete wie alle übrigen Glieder, die nicht alle gleichberechtigt waren, die aber verlangen durften, in ihren jeweiligen Rechten nicht geschmälert zu werden. Denn das Recht ist vorgegeben, es kann nicht gemacht werden, es muss gesucht und gefunden, gedeutet und interpretiert werden, um seine Herrschaft zu sichern.

Der adelig-konservative Protest richtete sich seit dem 16. Jahrhundert im Namen des Rechtes gegen den sich entwickelnden Gesetzgebungsstaat, gegen Bürgertum und Beamtenadel, die den königlichen Staat aufgrund ihrer Interessen stützten. Monarchischer Absolutismus und ehrgeiziges Bürgertum bedurften einander und halfen einander. Die bürgerliche Revolution ist daher eine Fiktion, wie Kondylis verdeutlicht und damit Deutschen liebgewordene Vorstellungen widerlegt, weil deren Ideologie des Sonderweges sich auf die nicht gelungene bürgerliche Revolution be-

ruft. Der Bürger ist nicht revolutionär, wie Kondylis nachweist, er ist vorsichtig, er will Geschäfte machen, Erfolg haben und das konnte er am besten zusammen mit der Krone gegen einen eigenwilligen, nicht revolütierenden aber immer wieder frondierenden Adel, der Front machte gegen einen Staat der Einebnung „natürlicher“ Unterschiede. Der souveräne Staat mit seiner „Pseudopolitik“, seiner Zweckrationalität widersprach der adelig-konservativen *politica christiana*, die sich im Einklang mit einer *ratio* wusste, die mit dem göttlichen Recht, aber nichts mit dem gemachten Gesetz, mit einem Staat zu tun haben wollte, der sich als freies Kunstwerk der Gesellschaft gegenüberstellte, ihr Freiräume überließ, nur um sie desto nutzbringender für seine Zwecke gebrauchen zu können. Der Voluntarismus der Monarchen, des Staates, der Beamten, die Idee einer allgemeinen Wohlfahrt, die seit dem 17. Jahrhundert auf einen nivellierenden Eudämonismus zielt, mussten nach konservativ-adeliger Auffassung das Streben nach Konsum in den Mittelpunkt rücken, den Verbraucher an die Stelle des Menschen setzen und sämtliche kollektiven Sozialbindungen auflösen. Das gesamte Reservoir sozial- und kulturkritischer Argumente der Konservativen unter dem Eindruck der Entfremdung, die Staat und Kapital bewirken, ist gegen Ende des 17. Jahrhunderts ideologisch gewonnen und wird bis ins 19. Jahrhundert erweitert und ausgebaut.

Das Dilemma des konservativen Adels, wie es Kondylis schildert, bestand aber von vorne herein darin, dass er trotz aller Proteste gegen die souveränen Monarchen sich immer wieder mit dem souveränen Staat verbündete, verbinden musste, um ihn sich für die eigenen Interessen gefügig zu machen. Dadurch näherte sich der Adel vielen neuen Tendenzen, die er theoretisch ablehnte. Der monarchische Staat der vorrevolutionären Zeit, so revolutionierend der Absolutismus dennoch wirkte, hütete sich, grundsätzlich die Überzeugungen der hergebrachten *societas civilis* in Frage zu stellen. Mit der Herrscheridealität, mit soziologischen und staatspolitischen Traktaten wurde zumindest immer wieder an die Grundlagen jener Ordnung erinnert, der sich auch der selbstbewussteste Monarch nicht gänzlich zu entziehen vermochte. Als nun mit der Revolution das *ancien régime* umgestürzt wurde, musste der Adel im Prinzip in der monarchischen Legitimität seinen besten Schutz gegenüber liberalen, bald demokratisierenden Bestrebungen erkennen. Der staatsfeindliche Konservativismus verwandelte sich zum staatstragenden Element, um dem Adel und letzten Resten vorstaatlichen gesellschaftlichen Lebens eine Chance zum Überleben zu erhalten. Der Konservativismus, wie er

sich jetzt theoretisch begriffen nannte, führte in der Tradition des adeligen Protestes seine Polemik fort gegen den seelenlosen Staat, gegen Entfremdung in ihm, gegen den Materialismus der Bourgeoisie, gegen den Egoismus des Kapitals, gegen alles Gemachte, Unorganische und Gekünstelte. Dabei vergaßen die Konservativen, dass ihre Ideale keineswegs naturgegeben, organisch oder dem historischen Leben unmittelbar verbunden waren. Sie wollten abgelebte, historisch überholte Formen künstlich am Leben erhalten, um sich am Leben zu erhalten, was hieß, im Staat und in der Gesellschaft eine ausschlaggebende Bedeutung zu behalten.

Um nicht ausgeschaltet zu werden, konnten sich Konservative durchaus mit dem radikalsten Mittel der Staatlichkeit, mit der vorübergehenden, kommissarischen Diktatur im Namen des Königs anfreunden. Der Druck der Massen gegen Besitz und Bildung, der sich 1848 erstmals verängstigend bemerkbar machte, ließ Konservative auf die Diktatur des Säbels hoffen, um der des Dolches zu entgehen. Konservative hatten Angst und das trieb sie in die Arme der Liberalen, die sich ebenfalls ängstigten, vom „Pöbel“ um ihre Kapitalien gebracht zu werden. Konservative, die erhebliche Bedenken gegen das Kapital, gegen den Markt und das Wettbewerbsdenken hatten, verzichteten auf jede weitere antibourgeoise Polemik, um die Solidarität der Besitzenden und deshalb Hochanständigen, geschart um Thron und Altar, nicht zu gefährden. Denn wem soll es nicht gut gehen, wenn nicht den Guten? Mit dieser Weisheit beschränkte sich der Konservatismus zuweilen mit fast vulgären Mitteln darauf, seine wirtschaftlichen und vor allem landwirtschaftlichen Vorteile zu suchen. Das brachte ihn außerhalb der Kreise nationalliberaler Neureicher, mit denen sich der geldsüchtige Adel verschwängerte, um jeden Kredit. Der Konservatismus erledigte sich von selbst zusammen mit den Liberalen aus Angst vor der Revolution von unten, vor den Sozialisten oder den Roten, er wurde zu einer bourgeoisen Marotte, „und jetzt wird wieder in die Hände gespuckt“, um Leistung zu bringen und einen Platz an der Sonne zu gewinnen, damit Deutschland Weltgeltung behält und nicht etwa absteigen muss in die Liga der unhistorischen Völker.

Das meinte staatliche Effizienz, freie Marktwirtschaft und so wenig Sozialstaat wie möglich. Für Panajotis Kondylis gibt es spätestens seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts keinen Konservatismus mehr, der noch diesen Namen als eine selbständige Richtung verdient. Die Konservativen verschwanden in den Reihen der Kapitalisten. Konservativ sein, hieß seitdem, dem Antikapitalismus entgegenzutreten, dem Sozialneid

zu wehren, den sozialistischen Unfug zu unterbinden, die Belastbarkeit der Unternehmen zu erproben und freie Bahn dem Tüchtigen zu verschaffen in seiner Absicht, reich oder noch reicher zu werden. Das alles unterschied sich nicht vom ganz gewöhnlichen Nationalliberalismus. Die Niederlage 1918 und die Verträge von Versailles erregten das nationale und liberale Bürgertum, die Klasse der Besitzenden, mehr noch als alle übrigen besiegten Deutschen. Die Bürger, liberal, aufgeklärt, mit dem Parlamentarismus vertraut — schließlich gab es für den Reichstag das geheime und gleiche Wahlrecht, das die Engländer 1919 einführten, seit 1871 — wurden von ihren Klassengenossen im Namen der Aufklärung, der Humanität und des Liberalismus aus der Gemeinschaft der Demokraten, des „Westens“ als Heilsgemeinschaft, ausgegliedert. Deutschland als Nation blieb zwar bestehen, aber die diskriminierenden Auflagen bestätigten, dass die Sieger, entgegen ihrer humanitär-liberal-demokratischen Ideologie, den Besiegten bestrafen wollten und auch in einem westlich-demokratischen Deutschland eine potentielle Gefahr erblickten. Sie gaben zu erkennen, dass Deutschland überhaupt, ganz gleich wie verfasst, nur dann für ihre Interessen bekömmlich sei, wenn es nicht gleichberechtigt mitbestimmt und über eine beschränkte Souveränität verfügt.

Das musste auch die energischsten Demokraten erbittern, die dachten, dass ein demokratisches Deutschland wenigstens Vertrauen verdiente. Sie mussten enttäuscht feststellen, dass es „dem Westen“ gar nicht um eine Wertgemeinschaft mit Deutschland ging, sondern dass die Alliierten nur ein politisch und militärisch schwaches Deutschland als ein ihnen genehmes betrachteten. Aus Trotz und Erbitterung wandten sich jetzt die sich radikalierenden Liberalen und solche, die sich dennoch konservativ nannten, wie Panajotis Kondylis schildert, vom Westen ab und dem Konglomerat von Ideen, die als westlich galten. Es war der Westen, wie er meint, der die bildungsbürgerliche Schicht der Besitzenden radikalisierte, indem er sie aus seiner Gemeinschaft ausschloss. Vom Westen konnte daher keine werbende Kraft als Idee ausgehen, ganz abgesehen davon, dass er sich, erschöpft vom Kriege, vor den gleichen Fragen als ziemlich hilflos erwies, die Sieger wie Besiegte beschäftigten, ob die parlamentarische Demokratie noch das geeignete Mittel wäre, dem mächtigen Begehren nach freier Mitbestimmung, nach einer neuen Gesellschaft mit Freiheit in disziplinierter nationaler Solidarität genügen zu können. Der Sozialismus war das Zauberwort, die große Idee, die in mannigfachsten Variationen Nation und Nationen in versöhnte Über-

einstimmung bringen sollte.

Diese unruhigen Stimmungen gehören für Kondylis nicht mehr zur Geschichte des europäischen Konservatismus. Nach 1918, nach der Beseitigung der letzten Überbleibsel aristokratischer Privilegierung und des *ancien régime*, beginnt für Kondylis etwas ganz neues, die große europäische Krise, in der sich Faschisten, Nationalsozialisten, autoritäre Liberale und Kommunisten anschickten, je nach ihren Vorstellungen mehr oder weniger radikal mit allem „aufzuräumen“, was ihren Absichten im Wege stand.

Das schockierende für die Leser 1986 und heute immer noch, bestand nicht zuletzt darin, dass Kondylis den Ursprung autoritärer und totalitärer Tendenzen nicht weit zurück in der Geschichte sucht, sondern sie als unmittelbares Ergebnis der Katastrophe versteht, die mit dem Ersten Weltkrieg begann. Autoritäre und totalitäre Richtungen konnten — nicht nur in Deutschland — die „Besserverdienenden“ verlocken, gewalttätige Versuche, die bürgerliche Nation mit dem unbürgerlichen Sozialismus zu verschmelzen, zu unterstützen, um neue Eliten zu gewinnen. Solche Bewegungen auf der Rechten konnten sich paradoxerweise unter Umständen als konservative Revolutionäre verstehen. Aber sie waren nach dem Urteil von Kondylis weder das eine noch das andere: Sie waren Marktwirtschaftler, die nur die Sorge umtrieb, wie man rechte oder linke Revolutionäre daran hindern könnte, die Belastbarkeit des Kapitals mit allzu verwegenen Experimenten zu erproben. Die selbsternannten konservativen Revolutionäre waren nur verirrte, ängstliche Liberale, die weder herrschen noch dienen können. Sie kamen vollends unter die Räder während der Herrschaft der NSDAP. Ihr Scheitern machte ihre eklektischen Vorstellungen später nicht attraktiver. Der Sieger blieb die Marktwirtschaft, die freie Konkurrenz, das immer bewegliche Geld, wogegen der Konservatismus in zähen Rückzugsgefechten kämpfte, bis er dem Charme der Bourgeoisie und des Kapitals selber erlag und sich überflüssig machte. Seine Leser hatten vor bald dreißig Jahren ihre Mühen mit Panajotis Kondylis, einem originellen Historiker, den gerade die leicht fasslichen Schulbuchweisheiten dazu aufmunterten, deren harmlose Grundlagen zu erschüttern. Denn die Dinge zu verstehen, heißt sie zu komplizieren, wie er mit Lucien Febvre vermutete, eine Tätigkeit, die ihn nie ermüdete oder verdross.



## 2 Recht = Politik

*M. Porsche-Ludwig*

Historisch betrachtet entstammt die heutige deutsche Politikwissenschaft einer Traditionslinie, die eng mit derjenigen des Öffentlichen Rechts, respektive des Staatsrechts, verbunden ist. Dies hängt praktisch u.a. damit zusammen, dass die Bereiche von Recht und Politik in der altständischen Gesellschaft nicht wesensmäßig getrennte Bereiche waren, sondern das politische Handeln als nicht ablösbar vom rechten Tun überhaupt aufgefasst wurde (H. Maier).<sup>1</sup> Wissenschaftsgeschichtlich verläuft diese große Traditionslinie, angeleitet durch die aristotelische Tradition der älteren Lehre der Politik, von der disziplinären Ausdifferenzierung der Policy- und Kameralwissenschaften, deren Vielzahl in der Mitte des 18. Jahrhunderts mit der Bezeichnung „Staatswissenschaften“ (G.H. Zincke, J. v. Sonnenfels) etikettiert wurde, über die Politik als Lehre von der „guten Verfassung“ (der zu reformierenden Staaten) in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (G.W.F. Hegel, F.C. Dahlmann, R. v. Mohl, H. v. Treitschke, K. v. Rotteck, C.T. Welcker, L. v. Stein), die auch auf Gelehrte der Folgezeit (J.C. Bluntschli, F. v. Holtzendorff) ausstrahlte, der Staatssoziologie M. Webers und G. Jellineks „Allgemeine Staatslehre“ im Jahre 1900 bis hin zur Staatslehre als Politische Wissenschaft (H. Heller) zur Zeit der Deutschen Hochschule für Politik in der Weimarer Republik, wengleich unterschiedliche Konjunkturen das Verhältnis prägten. So wurde in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Lehre der Politik (Allgemeine Staatslehre) und die Wissenschaft vom gemeinen öffentlichen Staatsrecht noch weitgehend identisch und zumeist synonym gebraucht: Die Öffentlichrechtler dachten weitgehend politisch, die Politiklehrer befassten sich vornehmlich mit der anvisierten Rechts- und Verfassungsordnung, während in der Folgezeit sowohl das Allgemeine Staatsrecht wie die Allgemeine Staatslehre (und damit wurde meist die Lehre der Politik gleichgesetzt) und ihr Bemühen um zentrale Begriffe

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu und zum folgenden Überblick mit zahlreichen Nachweisen: M. Porsche-Ludwig, Die Abgrenzung der sozialen Normen von den Rechtsnormen und ihre Relevanz für das Verhältnis von Recht(wissenschaft) und Politik(wissenschaft), Baden-Baden 2007, S. 33-62.

wie Staat, Gesetz und Verordnung zu Hilfswissenschaften des Öffentlichen Rechts wurden.

Auch während des Dritten Reiches ist die Traditionslinie – abseits völkischer Ideen – vereinzelt fortgesetzt worden. Hierfür stehen vor allem E.R. Huber (Konzept der „deutschen Staatswissenschaft“), E. Fraenkel („Pluralismus-Theorie“), F.L. Neumann und O. Kirchheimer, die ausgebildete Juristen waren, ebenso wie ihre Kollegen, die diesen Faden im Gründungsprozess der bundesdeutschen Politikwissenschaft nach dem 2. Weltkrieg aufgenommen haben: hier ist insbesondere W. Abendroth zu nennen, der selbst einer der Gründerväter war. Hinzu kamen etwa F. Hermens (Kölner Schule: beschäftigte sich u.a. mit Verfassungsfragen), D. Sternberger („Verfassungspatriotismus“), Th. Ellwein („Regierungslehre“), W. Hennis, H. Maier, vereinzelt Arbeiten (z.B. O. Massings), H.-H. Hartwich sowie K. v. Beyme und vor allem J. Habermas, wobei dieser sich als Sozialphilosoph bezeichnet oder – ebenso wie N. Luhmann – als Soziologe gilt. Während sich um die meisten der genannten Gründerväter nach dem 2. Weltkrieg – die sich i.Ü. meist auf H. Heller als „Kronzeugen“ beriefen – eigene Schulen bildeten und somit das Traditionsband an die Politikwissenschaft als Demokratiewissenschaft (ab 1945) weiterzureichen versuchten, gelingt dies seitdem, zumal bei der gegenwärtigen Orientierung der Politikwissenschaft, nicht mehr, so dass eine wichtige disziplinäre Traditionslinie verloren geht. Verloren geht dabei insbesondere, was den Gründervätern noch gelang: das starke Fokussieren auf Institutionen und Normen des politischen Prozesses als politikwissenschaftliche Gegenstände sowie die Gegenüberstellung von Verfassungsrecht und -wirklichkeit als methodologischer Zugang.

Die gegenwärtige Politik und Wissenschaft gehen meist von materiellen Ursachen aus, die allein empirisch (d.h. durch sinnliche Beobachtung) nachgewiesen werden können. Es ist gerade zu einem Kriterium für Wissenschaftlichkeit und wissenschaftlich begründeter Politik geworden, dass alle Aussagen in sinnlicher Beobachtung fundiert werden müssen. Die gemeinsame Traditionslinie spielt daher keine wirkliche Rolle mehr. Das zeigen entsprechende Krisenphänomene in der Politikwissenschaft und die gegenwärtige Diskussion um ihre Redefinition. Es soll auf diese Diskussion exemplarisch eingegangen werden, sodann ein Weg aufgezeigt werden, wie die Probleme positivistisch-quantitativer Politikwissenschaft zu vermeiden sind, sie überwunden werden können

– und so wieder an die gemeinsame Traditionslinie angeknüpft werden kann.

## I.

Gegenwärtig keimt eine Debatte um das Selbstverständnis der deutschen Politikwissenschaft aus Anlass des „Professoren generationenwechsels“ auf.<sup>2</sup> Es erscheint somit sinnvoll zu sehen, wie die grundlegende Frage ob der Wiedergewinnung der alten gemeinsamen disziplinären Traditionslinie hier auftaucht.

Debattiert wird über die insbesondere mediale Außenwahrnehmung des Faches sowie seine externe Repräsentation.<sup>3</sup> Es wird die These vertreten, dass die beruflichen Strukturen parallel zu den disziplinären entwickelt werden müssten. Als ein Problem wird ebenfalls das „Juristenmonopol“ angeführt sowie die fehlende Vernetzung der Politikwissenschaft mit dem Schulfach „Politische Bildung“. Die Politikwissenschaft wird als „mittlere Disziplin“ in einer Gesamtbilanz gekennzeichnet, trotz eines weiten institutionellen Netzwerkes und einer großen Kopfstärke sowie einiger in den Medien stark verteilter Fachvertreter. In diese Bilanz eingerechnet ist die „Vorhanden- oder Nichtvorhandenheit (von) ausgeprägten Verbindungen zu Wirtschaft, Staat, Schule“. Aus dieser Charakteristik folgern Arendes und Buchstein, die Politikwissenschaft müsse „ihr Fähnlein in den Wind neuer Trends auf dem Bildungsmarkt hängen“<sup>4</sup>, zumal sie auch von einer „Vergreisung“ gezeichnet sei (hinsichtlich des Alters der Professoren), die zu einer problematischen Neuordnung der Wissenschaftslandschaft beitrage.

---

<sup>2</sup> Vgl. exemplarisch C. Arendes/H. Buchstein, Politikwissenschaft als Universitätslaufbahn, in: PVS 1/2004, S. 9-31 (empirische Grundlegung); mehr noch: dies., Die Zukunft der Politikwissenschaft an Deutschlands Universitäten, in: Rundbrief der DVPW 130, 2004, S. 136-150; M.Th. Greven, Zur Situation der Politikwissenschaft in Deutschland – gegen einseitigen Alarmismus und für eine komplexere Selbstverständnisdebatte der Disziplin, in: Rundbrief der DVPW 131, 2004, S. 141-158.

<sup>3</sup> Arendes/Buchstein, Die Zukunft der Politikwissenschaft, S. 138; die folgenden Ausführungen beziehen sich auf diesen Beitrag.

<sup>4</sup> Arendes/Buchstein, Die Zukunft der Politikwissenschaft, S. 138.

Neue Studiengänge aufgrund der beschlossenen Europäisierung der europäischen Hochschulen im Rahmen des sog. „Bologna-Prozesses“ verschärften die Situation dramatisch. Daraus folge für das Fach, dass sich einzelne Teilbereiche der Politikwissenschaft weiterhin isolierten oder gar geschlossen würden. Alte Traditionen brechen so zusammen.<sup>5</sup> „Die an den größeren politikwissenschaftlichen Instituten heute noch vorhandenen Teilbereiche ‚Zeitgeschichte‘, ‚Politische Wirtschaftslehre‘, ‚Politische Soziologie‘ oder ‚Politik und Recht‘ verlieren ihren Status und werden kurz bis mittelfristig von ihren ehemaligen Stammfächern aufgesogen.“ Die Folge würde in der Notwendigkeit von Profilbildung und disziplinübergreifenden Studieninhalten in sozial- und geisteswissenschaftlichen Zentren bestehen. Politikwissenschaft und Soziologie würden sich mit anderen kleineren Fächern zu sozialwissenschaftlichen Fachbereichen zusammenschließen, um wirkräftiger zu agieren. „Die traditionelle Verbindung der Politikwissenschaft mit den Wirtschafts- und Rechtswissenschaften unter dem Siegel der Staatswissenschaften wird nur in wenigen Fällen favorisiert (z.B. in Erfurt, B.A. ‚Staatswissenschaft‘ und M.A. ‚Public Policy‘).“<sup>6</sup> Diese Prozedur führt zu neuen Abschlüssen, Verfahren und Strukturen.<sup>7</sup>

Ebenso machten die Gründungen neuer (Spezial)Universitäten zu schaffen. Last but not least schaffe sich die Politikwissenschaft quasi selbst ab. Freiwerdende Stellen bildeten offene Flanken für Stellenkürzungen. Die Umbruchphasen werden chancenspezifisch von Arendes/Buchstein pessimistisch hinsichtlich Konsolidierung und Entwicklung des Faches gekennzeichnet, wegen: – finanziellen Drucks, – Fakultätsvereinigungen, – der sukzessiven Verwischung fachspezifischer Grenzen<sup>8</sup>; daneben werde Transdisziplinarität – als Folge – die Politikwissenschaft „in ihrer Identität schwächen“<sup>9</sup>. Die Zukunft strebe nach Internationalisierung, internationaler Vergleichbarkeit von Studienabschlüssen; damit verbunden sei eine geringere Rekrutierung wissenschaftlichen Nachwuchses, womit die bisherige Fachidentität verwischt werde. „Politikwissenschaft“ als zusammenhaltende Bezeichnung ver-

---

<sup>5</sup> Arendes/Buchstein, Die Zukunft der Politikwissenschaft, S. 143.

<sup>6</sup> Arendes/Buchstein, Die Zukunft der Politikwissenschaft, S. 143.

<sup>7</sup> Arendes/Buchstein, Die Zukunft der Politikwissenschaft, S. 143f.

<sup>8</sup> Arendes/Buchstein, Die Zukunft der Politikwissenschaft, S. 145.

<sup>9</sup> Arendes/Buchstein, Die Zukunft der Politikwissenschaft, S. 146.

schwindet, Teildisziplinen treten – so Arendes/Buchstein weiter – an ihre Stelle. „In der langen Geschichte der wissenschaftlichen Beschäftigung mit politischen Phänomenen in Deutschland wäre die Auflösung der gegenwärtigen Politikwissenschaft übrigens kein Novum. Erinnert sei an die Politikwissenschaft als Staatswissenschaft bzw. ‚Policywissenschaft‘, die sich seit dem 16. Jahrhundert erst langsam in viele Teilbereiche aufgefächert hatte, um dann in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts als Fach trotz verschiedener Reanimierungsversuche endgültig von der Bildfläche zu verschwinden.“<sup>10</sup>

Eine „Re-disziplinierung“ sei – wenn überhaupt – nur noch über den internationalen anglo-amerikanischen Raum („Political Science“) möglich. „Diesen Verlust werden insbesondere solche Ansätze der Politikwissenschaft erfahren, die aus der aristotelischen Tradition kommen und die Politikwissenschaft als eine Art ‚Königswissenschaft‘ oder normative ‚Orientierungswissenschaft‘ verstehen (...)“. „Wenn ‚Politikwissenschaft‘ nicht mehr als eine vereinheitlichende Klammer fungiert, ist zu erwarten, dass die Fachinstitutionen darauf mit einer Doppelbewegung von Spezialisierung und Internationalisierung/Europäisierung zu reagieren versuchen.“<sup>11</sup> Arendes/Buchstein schließen mit einem Appell an das Selbstverständnis der Politikwissenschaft, respektive das bisher geleistete: „Für den Fall, dass diese skeptische Prognose zutrifft, (ist) (...) nicht einfach das Licht auszumachen und die Bürotür leise zu schließen, sondern (sind) zuvor alle wissenschaftshistorisch bedeutsamen Akten zu sichern, in denen der Beitrag zur Politik und zur Politischen Kultur der Bundesrepublik, den die Politikwissenschaft in den Jahren ihrer universitären Existenz geleistet hat, dokumentiert sind“<sup>12</sup>.

Was bedeutet dieses Szenario für die Politikwissenschaft?<sup>13</sup> Aus den Ausführungen von Arendes/Buchstein ergibt sich, dass sich in der deutschen Politikwissenschaft eine bestimmte Vorstellung von dem herausgebildet hat, was „Politik“ ist. Viele „Richtigkeiten“ („Erkenntnisse“)

---

<sup>10</sup> Arendes/Buchstein, Die Zukunft der Politikwissenschaft, S. 147.

<sup>11</sup> Arendes/Buchstein, Die Zukunft der Politikwissenschaft, S. 148.

<sup>12</sup> Arendes/Buchstein, Die Zukunft der Politikwissenschaft, S. 149.

<sup>13</sup> Wichtige Anregungen für die folgenden Ausführungen hat der Verfasser aus den „Sätze(n) über die Wissenschaft“ in Heideggers „Beiträge zur Philosophie“ erhalten, vgl. M. Heidegger, Gesamtausgabe Band 65: Beiträge zur Philosophie (Zum Ereignis), 2. Aufl., Frankfurt/M. 1994, S. 145ff. (Nr. 76).